



80. Jahrgang / November 2007

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

38. *Public Viewing –
eine veranstaltungspolizeiliche Herausforderung*

39. *Energieeffizientes Bauen und Sanieren mit Raiffeisen*

41. *Erhebung über die Gemeindegebarung 2006
der Statistik Österreich: Bezirksübersichten
und Landesübersicht*

40. *Mitverantwortung – Jugendschutz und Jugend-
förderung in Tirol*

*Verbraucherpreisindex für September 2007
(vorläufiges Ergebnis)*

38.

Public Viewing – eine veranstaltungspolizeiliche Herausforderung

Im Juni 2008 wird die Fußball Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz stattfinden. Das Eröffnungsspiel ist am Samstag, dem 7. Juni 2008, in Basel, das Finalspiel ist am Sonntag, dem 29. Juni 2008, in Wien vorgesehen. Spielorte in der Schweiz sind neben Basel Bern, Genf und Zürich, Spielorte in Österreich sind neben Wien Innsbruck, Klagenfurt und Salzburg. Die drei Spiele in Innsbruck werden am Dienstag, den 10. Juni 2008, um 18:00 Uhr, am Samstag, den 14. Juni 2008, um 18:00 Uhr, und am Mittwoch, den 18. Juni 2008, um 20:45 Uhr angepfiffen werden. Innsbruck wirbt mit dem Motto „Innsbruck – das Herz der Euro 2008“. Innsbruck liegt in der Tat in der geographischen Mitte dieser nach der Fußball-Weltmeisterschaft und den Olympischen Sommerspielen drittgrößten Sportveranstaltung, zu der über 2 Mio. Besucher erwartet werden. Nur ein Viertel davon werden in den Stadien Platz finden. Der Rest wird ohne Eintrittskarten den Mannschaften nachreisen und versuchen, den Mannschaften in den Veranstaltungsländern nahe zu sein. An den Spieltagen werden in Innsbruck bis zu 90.000 Besucher erwartet, im Tivolistadion werden rund 30.000 Besucher Platz finden. Der Rest wird zwischen dem Fandorf auf dem Messegelände, der Fanmeile in der Maria-Theresien-Straße und der Fanzone im Bergiselstadion Unterhaltung suchen. Innsbruck wird daher in besonderer Weise herausgefordert sein, diese Besucherbewegungen verkehrsmäßig zu bewältigen und die Begeisterung in geordneten Bahnen zu halten. Der Gewährleistung der Sicherheit hat in der bisherigen Vorbereitungsarbeit das

besondere Augenmerk der Organisatoren und der Dienststellen der Stadt, des Landes und des Bundes, der Polizei und des Roten Kreuzes gegolten.

Am 2. Dezember 2008 wird die Auslosung stattfinden. Danach wird feststehen, welche Mannschaften in Innsbruck bzw. in den anderen Spielorten antreten werden. In der Folge werden sich die Besucher die Orte und Unterkünfte aussuchen, von denen aus sie die Fußball-Europameisterschaft 2008 miterleben wollen. Es ist zu erwarten, dass – nicht zuletzt in Hinblick auf die zentrale geographische Lage zwischen Basel und Wien und der Nähe zu Innsbruck und Salzburg – auch zahlreiche Tiroler Gemeinden dafür ausgesucht werden dürften. Die vielen Besucher aus verschiedenen Ländern stehen für Begeisterung in den unterschiedlichsten Äußerungsformen. Die Konzentration von Besuchern aus verschiedenen Ländern in derselben oder in benachbarten Gemeinden stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar; Begeisterung kann sehr rasch in Aggression umschlagen. Bei manchen Besuchern dürfte die Reizschwelle ohnehin eher niedrig liegen. Dieser Gefahren werden sich die Bürgermeister als Veranstaltungsbehörden und die Bezirkshauptleute als Sicherheitsbehörden bei allen ihren veranstaltungs- und sicherheitspolizeilichen Entscheidungen stets bewusst sein müssen.

Aus veranstaltungspolizeilicher Sicht stellt insbesondere das Public Viewing eine Herausforderung an die Veranstaltungs- und Sicherheitsbehörden dar. Public Viewing ist das Miterleben der Spiele vor Leinwänden durch eine große Zahl von Besuchern. Das Erlebnis eines

Spiels in einem Stadion soll auf diesem Wege allen vermittelt werden, die mangels Eintrittskarte nicht vor Ort dabei sein können. Public Viewing hat sich bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland als besonderer Magnet erwiesen. Nicht nur in den zwölf Spielorten sondern in hunderten von Gemeinden fand dort Public Viewing statt. Die Erwartungen hinsichtlich möglicher Besucherzahlen wurden um ein Vielfaches übertroffen. Umfassende Sicherheitskonzepte gewährleisteten dort einen friedlichen Verlauf. Diskussionen über Kosten wurden durchgängig zu Gunsten der Sicherheitsmaßnahmen geführt.

Wegen der besonderen veranstaltungs- und sicherheitspolizeilichen Sensibilität von Public Viewing hat das Bundesministerium für Inneres Empfehlungen in Form einer Checkliste herausgegeben. Die Empfehlungen wurden in Zusammenarbeit mit den für das Veranstaltungswesen zuständigen Dienststellen der Länder erstellt. Sie beruhen auf den anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 2004 in Portugal und der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland gesammelten Erfahrungen. Entsprechende Empfehlungen gelten auch in der Schweiz. Dadurch soll in beiden Veranstalterländern ein einheitlicher Sicherheitsstandard erreicht werden.

Empfehlungen

an die Veranstaltungs- und Sicherheitsbehörden

Da Public Viewing-Veranstaltungen unter Sicherheitsaspekten einen besonderen Schwerpunkt bilden, sind aus Sicht der Sicherheitsbehörden für das Veranstalten von Übertragungen von Spielen der Euro 2008 an öffentlichen Plätzen folgende Vorkehrungen notwendig und seitens des BMI empfohlen:

1. Abgrenzungsmöglichkeit durch technische Vorkehrung. Eine Einfriedung des Veranstaltungsbereiches ist unter Beachtung von Fluchtwegen bzw. Möglichkeiten für Einsatzkräfte im Bedarfsfall Zutritt zum Veranstaltungsbereich zu erhalten, vorzusehen.

2. Für eine Fantrennung und Kanalisierung von Fangruppen ist Vorsorge zu treffen, und diese nötigenfalls durch geeignete bauliche, technische oder sonstige Maßnahmen zu aktivieren (z. B. bei Risikospiele).

3. Der Fassungsraum ist im Hinblick auf die erlaubte Anzahl an Besuchern festzulegen (Beschränkung der Besucherzahl entsprechend der örtlichen Gegebenheiten mit Überwachung durch den Sicherheitsdienst).

4. Sperrzeiten sind festzusetzen.

5. Eine Zutrittskontrolle durch Ordnerpersonal ist einzurichten (inkl. Bodycheck).

6. Der Einsatz von qualifiziertem und ausreichend dimensioniertem Ordner- und Sicherheitspersonal ist festzulegen, wobei die Anzahl der Ordner vorzuschreiben ist, abhängig von der Besucherzahl und der Ausgestaltung der Veranstaltungsortlichkeit (Zugangskontrollen durch Sicherheits- oder Ordnerdienste zur Verhinderung des Einbringens von alkoholischen Getränken, Feuerwerkskörpern, Hieb- oder Stichwaffen, Schusswaffen, Schlagwerkzeugen oder anderen gefährlichen Gegenständen sowie von sperrigen Gegenständen oder Gegenständen, die als Wurfgeschosse [Flaschen – insb. Glasflaschen, Batterien etc.] Verwendung finden können).

7. Einsatz von „Wellenbrechern“ in Public Viewing-Bereichen mit mehreren tausend Besuchern, soweit dies nach den örtlichen Gegebenheiten als notwendig erachtet wird.

8. Einrichtung von Videoüberwachungsanlagen durch den Veranstalter, wenn Örtlichkeit und/oder Besucheraufkommen dies erfordern, jedenfalls jedoch im Ein- und Ausgangsbereich.

9. Für die Erste-Hilfe-Leistung ist die Anzahl der Sanitäter bzw. ein Notarzt vorzuschreiben; allenfalls die Bereitstellung eines Notarztwagens vorzusehen.

10. Einrichten und Freihalten von Rettungswegen.

11. Sanitäre Anlagen sind innerhalb des Veranstaltungsbereiches vorzusehen.

12. Das Mitführen von pyrotechnischen und sonstigen Gegenständen (siehe Punkt 6) in den Veranstaltungsbereich ist zu untersagen.

13. Für die Veranstaltungsortlichkeiten sind veranstaltungs- und sicherheitspolizeiliche Regelungen, sowie Haus-, Platzordnungen (z. B. Zutrittsbeschränkungen für Kinder ohne Begleitpersonen, alkoholisierte Personen, etc.) festzulegen. In den Haus- und Platzordnungen sind jene Gegenstände anzuführen, die **nicht** in den Veranstaltungsbereich mitgebracht werden dürfen. Diese Verbote sind zweckmäßigerweise durch Piktogramme ersichtlich zu machen.

14. Alkoholausschank sollte – wenn die aktuelle Gefahrenprognose dies erfordert – verboten oder jedenfalls auf Leichtbier beschränkt werden (Verbot des Ausschankes von gebrannten geistigen Getränken); auf die rigorose Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen ist hinzuwirken.

15. Verkaufsverbot von Getränken in Flaschen oder Glas- und Keramikgefäßen.

16. Tische und Bänke sollten nach Möglichkeit fixiert werden um zu verhindern, dass sie bei Auseinanderset-

zungen als Schlag oder Wurfgegenstände gebraucht werden.

17. Notstromvorrichtungen, und wo erforderlich auch Sicherheitsbeleuchtungen bei Stromausfall, sind vorzusehen.

18. Für die Information der Besucher ist durch eine Lautsprecheranlage vorzusorgen (Beschallungseinrichtungen/Großbildleinwand zur Information der Besucher durch Platzsprecher – auch in der Sprache der jeweiligen Fans!).

Weiters sollten die Veranstalter bzw. die Behörden dafür Vorsorge treffen, dass

19. ein Ersatzprogramm zur Ablenkung geplant wird, wenn Unvorhergesehenes, wie etwa der Ausfall einer Übertragung passiert,

20. Bauarbeiten in der Nähe vermieden werden bzw. sollten diese Bereiche gesichert sein. Damit sind Wurfgegenstände nicht leicht verfügbar, auch Plätze für vereinbarte Schlägereien sind dann abgesperrt bzw. schwer erreichbar,

21. für eine rechtzeitige Information der Anrainer, Gastronomie etc. gesorgt wird, sowie

22. geeignete Maßnahmen getroffen werden, um Beeinträchtigungen des Verkehrs auf öffentlichen Verkehrsflächen (z. B. durch Schaffung von ausreichend Parkflächen, Einweisungspersonal) so gering wie möglich gehalten werden.

Definition „Public Viewing-Veranstaltung“

Es wird unterschieden in

a) „Public Viewing-Bereiche“, die offiziell seitens der UEFA EURO 2008 SA als Fanzonen lizenziert wurden und jedenfalls einer veranstaltungsbehördlichen Bewilligung unterliegen und

b) „Public Viewing Bereiche“, die von privater Stelle ohne UEFA-Lizenz veranstaltet werden und ab einer bestimmten Größe und Art einer veranstaltungsbehördlichen Bewilligung unterliegen.

Die gemeinsam zwischen dem BMI und den Ländern erarbeiteten Richtlinien (Empfehlungen für Sicherheitsvorkehrungen) sollen für alle Veranstaltungen die unter Punkt a fallen jedenfalls Gültigkeit haben und für Veranstaltungen zu Punkt b, sofern sie die Kriterien (vgl. Fußnote 1) erfüllen.

Privat veranstaltete „Public Viewing-Bereiche“ liegen vor, wenn sie außerhalb von Betriebsstätten, die nach den Bestimmungen der GewO genehmigt sind, an allgemein zugänglichen Orten abgehalten werden, deren

Zweck es ist, die Fußballspiele der EURO 2008 öffentlich zu übertragen, und die einen Fassungsraum von mindestens 1.000 Personen umfassen oder aufgrund ihrer örtlichen Situierung oder des zu erwartenden Publikums ein besonderes sicherheitspolizeiliches Risiko aufweisen.

Diese Empfehlungen sind insbesondere mit Hilfe der Veranstaltungsgesetze der Länder um- und durchzusetzen.

Bisher hat es aus 23 Gemeinden Stimmen gegeben, die auf ein Interesse an Public Viewing schließen lassen. Eine Stadtgemeinde steht vor dem Abschluss, in einer weiteren Stadtgemeinde und einer Marktgemeinde laufen bereits die Vorbereitungen, in einer weiteren Stadtgemeinde diskutiert man noch über den Veranstaltungsort. Dabei geht es um Veranstaltungen zwischen 2.500 und 5.000 Besuchern. In einer Reihe von kleineren Gemeinden kann vorerst nur von Überlegungen berichtet werden.

Für den Veranstalter ist Public Viewing allenfalls auch ein urheberrechtliches Problem. Erfolgt die öffentliche Vorführung auf Großbildschirmen mit mehr als drei Meter Diagonale, so ist dafür – darauf wird in diesem Zusammenhang kurz hingewiesen – eine Lizenz der UEFA erforderlich. Kontaktadresse: www.euro2008.com

Für die Bürgermeister als Veranstaltungsbehörden und die Bezirkshauptmannschaften als Sicherheitsbehörden ist Public Viewing ein veranstaltungspolizeiliches Problem. Das Problem ist mit dem Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003, LGBL. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 72/2004, in den Griff zu bekommen.

Das Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 sieht für öffentliche Veranstaltungen außerhalb von Gebäuden oder Teilen davon, sofern der baurechtliche Verwendungszweck oder die gewerberechtliche Betriebsform die Durchführung der jeweiligen Veranstaltung umfasst, eine Anmeldepflicht vor. Von der Befreiung werden in der Praxis insbesondere Fernsehvorführungen in gastgewerblichen Betrieben erfasst sein.

Der Veranstalter und der Bürgermeister als Veranstaltungsbehörde tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass die Veranstaltung nicht nur in der Anmeldung sondern in der Tat vom Beginn bis zum Ende der Veranstaltung den allgemeinen Grundsätzen des § 3 Abs. 1 leg. cit. Rechnung trägt. Öffentliche Veranstaltungen sind danach so durchzuführen und die hierfür verwendeten Betriebsanlagen sind in allen ihren Teilen

so zu planen, herzustellen, zu errichten, einzubauen, zu ändern, zu betreiben, instand zu halten und instand zu setzen, dass sie dem Stand der Technik, insbesondere den bau-, sicherheits- und brandschutztechnischen sowie den hygienischen Erfordernissen entsprechen, weder das Leben oder die Gesundheit von Menschen noch die Sicherheit von Sachen gefährden, Menschen weder durch Lärm, Geruch, Rauch, Erschütterung, Wärme, Lichteinwirkung oder Schwingungen noch auf andere Weise unzumutbar belästigen, keine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit oder eine Verletzung sonstiger öffentlicher Interessen, insbesondere solcher des Jugendschutzes, erwarten lassen, das Ortsbild, das Landschaftsbild und die Umwelt nicht wesentlich beeinträchtigen.

Die Veranstaltung ist, wenn mehr als 300 Personen gleichzeitig erwartet werden, spätestens vier Wochen, sonst zwei Wochen vor dem geplanten Beginn anzumelden.

Die Anmeldung hat alle zur Beurteilung des Vorliegens der Voraussetzungen erforderlichen Angaben und Unterlagen zu enthalten (vgl. § 6 Abs. 3 leg. cit.). Insbesondere sind Art, Ort, Zeit und Dauer der geplanten Veranstaltung genau zu beschreiben, sind Art, Lage, Ausgestaltung und Fassungsvermögen der Betriebsanlage genau anzugeben und ist darzutun, wie eine Beeinträchtigung der durch die allgemeinen Grundsätze geschützten Interessen vermieden oder vermindert werden kann. In diesem Zusammenhang wird an die Verpflichtung des Veranstalters, zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der durch die allgemeinen Grundsätze geschützten Interessen für einen ausreichenden Ordnungs-, Feuerschutz- und Rettungsdienst zu sorgen (vgl. § 16 Abs. 7 leg. cit.) erinnert. An Veranstaltungen mit hohem Gefährdungspotential sind besondere Anforderungen zu stellen (vgl. § 18 Abs. 1 leg. cit.) Die Einrichtung eines nach den berufsrechtlichen Vorschriften befugten Ordnerdienstes zur Sicherung des ordnungsgemäßen Ablaufes der Veranstaltung kann (in der gebotenen Wahrung der durch die allgemeinen Grundsätze geschützten Interessen ist diese Ermächti-

gung als muss zu lesen) bereits dann verlangt werden, wenn mit Gewalttätigkeiten oder einem Fehlverhalten von Besuchern, insbesondere durch rivalisierende Anhängergruppen, zu rechnen ist (vgl. § 18 Abs. 2 leg. cit.).

Bei Veranstaltungen, zu denen mehr als 1.000 Besucher gleichzeitig erwartet werden, sind zudem ein unter Beiziehung der Sicherheitsbehörde (Bezirkshauptmannschaft sinnvoller Weise unter Beiziehung der Polizei) und des Trägers des örtlichen Rettungsdienstes erstelltes sicherheits- und rettungstechnisches Konzept und Angaben über die zur Vermeidung von sonstigen Notfällen oder zur Verminderung ihrer Auswirkungen vorgesehenen Maßnahmen vorzulegen; sofern dies aufgrund der Art der Veranstaltung oder der Art und des Umfanges der Betriebsanlage erforderlich ist, haben an der Erstellung des Konzeptes auch sonstige fachlich hierzu befähigte Personen (beispielsweise für Hochbau, Elektrotechnik, Statik, Brandschutz, Brandbekämpfung u.dgl.) mitzuwirken (vgl. § 6 Abs. 3 lit. e leg. cit.).

Dem Veranstalter können vom Bürgermeister als Veranstaltungsbehörde jederzeit weitere Maßnahmen vorgeschrieben werden, die zur Wahrung der durch die allgemeinen Grundsätze geschützten Interessen notwendig sind (vgl. § 8 Abs. 1 leg. cit.).

An dieser Stelle wird daran erinnert, dass eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Anmeldung oder veranstaltungsbehördliche Vorschriften allein nicht ausreichen. Das Gelingen wird maßgeblich von der steten Einhaltung der erforderlichen Maßnahmen bestimmt werden; dazu wird auf eine Begehung vor der Veranstaltung und begleitende Kontrollen nicht verzichtet werden können. Aus den Erfahrungen des einen Veranstaltungstages werden Schlussfolgerungen für die nächsten Veranstaltungstage zu ziehen sein. Es wird laufend Kontakt mit der Sicherheitsbehörde zu halten sein. Insbesondere werden die Stimmung der Fans und die lokalen und regionalen Fanbewegungen nicht aus den Augen gelassen werden dürfen. Erforderlichenfalls werden dem Veranstalter vom Bürgermeister als Veranstaltungsbehörde weitere Maßnahmen vorgeschrieben werden müssen.

39.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren mit Raiffeisen

In Zeiten des ökologischen Wandels sowie der immer schwieriger werdenden Finanzlage der Kommunen auch in Tirol, bietet die Raiffeisen-Bankengruppe Tirol den Gemeinden zukünftig als innovatives Produkt Energieeffizientes Bauen und Sanieren (EEBS) an.

Dieses neue Produkt berücksichtigt sowohl die immer stärker in den Vordergrund tretenden ökologischen Gesichtspunkte, als auch die laufenden Betriebskosten (=Lebenszykluskosten eines kommunalen Gebäudes) und bietet auch die beste Lösung für die Finanzierung.

Mit energieeffizientem Bauen und Sanieren – unter Einbezug aller möglichen Energieträger – leisten auch die Gemeinden einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Senkung des CO₂-Ausstoßes im Land Tirol.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren stellt somit eine Synergie zwischen Ökologie und Ökonomie dar.

Durch die gesamthafte Betrachtung von

- Architektur,
- Hoch- und Tiefbau,
- Heizung, Lüftung, Sanitär,
- Mess-, Steuer- und Regeltechnik ,
- Wasser und Abwasser,
- Energieeinsparung sowie
- Finanzierung

besteht die Möglichkeit, eine wesentliche Effizienzsteigerung herbeizuführen.

Um eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit einer Investition machen zu können, ist es erforderlich, die Kosten für die gesamte Lebensdauer (Investitions- und Betriebskosten) der Immobilie zu betrachten. Allein die kumulierten Betriebskosten können bereits nach wenigen Jahren die Neubau- bzw. Sanierungskosten überschreiten und so einen wesentlichen Faktor in der Gesamtkostenbetrachtung (Investitions- und Betriebskosten) darstellen. Durch das Produkt EEBS werden sowohl die Kosten der Errichtung/Sanierung als auch die laufenden Kosten über die gesamte Lebensdauer nachhaltig gesenkt und zusätzlich Synergien durch reduzierte Schnittstellen genutzt.

Die durch die Ausschreibung verbindlich anzubietende Garantie für die Investitionskosten sowie für den zu erwartenden Energiebedarf stellen die Basis für die Gesamtkostenoptimierung einer Liegenschaft dar. Größtmögliche Effizienz in der Investitionsphase als auch im Betrieb der Gebäude ist somit sichergestellt.

Ergänzend dazu besteht für die Gemeinden die Möglichkeit rechtskonform die heimische Wirtschaft zu stärken.

Der Nutzen und die damit verbundenen Vorteile vom energieeffizienten Bauen und Sanieren stellen sich demnach wie folgt dar:

- ✓ Gesamtkosteneinsparung
- ✓ Vertraglich fix garantierte Energieeinsparung / Energieverbrauch
- ✓ Garantierte Pauschalinvestitionssumme
- ✓ Minimaler Eigenaufwand durch einen kompetenten Ansprechpartner (keine Schnittstellen)
- ✓ Maastrichtkonforme Finanzierung
- ✓ Unterstützung und Schulung des Eigenpersonals
- ✓ Möglicher UST-Vorteil
- ✓ Zusätzliche Fördermöglichkeiten auf Grund der Energieeinsparungsgarantie
- ✓ Eine durchgängige energiebewusste Planung
- ✓ Maßnahmenumsetzung mit Wirtschaftstreibern vor Ort
- ✓ Nachhaltig gesenkte Betriebskosten über 30 Jahre
- ✓ Reduktion der CO₂-Emission
- ✓ Steigerung der Behaglichkeit durch verbesserte Raumkonditionen

Information:

Kommunalbetreuung
der Raiffeisen-Bankengruppe Tirol
in allen 82 selbstständigen Tiroler Raiffeisenbanken
oder bei

Mag. Heinrich Kranebitter

Tel: 0512/5305-1235

E-Mail: heinrich.kranebitter@rlb-tirol.at

40.

Erhebung über die Gemeindegebarung 2006 der Statistik Österreich: Bezirksübersichten und Landesübersicht

Table with 27 columns: Bezirk-Anzahl der Gemeinden, Inst.-24 G, Ibk.-Land-65 G, Kitzbühel-20 G, Kufstein-30 G, Landeck-30 G, Lienz-33 G, Reutte-37 G, Schwarz-39 G, Su. Bezirke-278 G, Ibk.-Stadt-1 G, Summe Tirol 279 G. Rows include categories like Einkommen, Ausgaben, Steuern, and various taxes.

Anmerkung: 1) inkl. Getränkeausgleich und Spielbankabgabe; 2) lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindeangelegenheiten (inkl. BDZW für Kat.-Schäden-Abwasserbeseitigung);

41.

Mitverantwortung – Jugendschutz und Jugendförderung in Tirol

Der Jugendschutz ist in Tirol nicht erst seit der medialen Debatte um das sogenannte „Komatrinken“ ein Thema. Gleichzeitig mit der Novellierung des Tiroler Jugendschutz-Gesetzes wurde unter der Federführung von JUFF und kontakt+co Suchtprävention schon vor Jahren mit der Entwicklung eines begleitenden Maßnahmenpakets begonnen. Der Grundgedanke: Schluss damit, die Schuld immer den anderen in die Schuhe zu schieben – alle übernehmen ihr Stück Mitverantwortung! Die aktuelle österreichweite Kampagne „Nachdenken statt Nachschenken“ wurde so gut als möglich auf die laufenden Initiativen abgestimmt und hat auch für Gemeinden einiges zu bieten.

JUGENDSCHUTZ INS DORF – BRENNPUNKT GEMEINDELEBEN

Die Probleme im Umgang mit dem Alkohol beginnen im Alltag, daher sind auch dort die Lösungsansätze zu suchen. In Tirol liegt der Schwerpunkt somit bei der Unterstützung der Gemeinden. Wie kann vor Ort und im Alltag Jugendschutz und Jugendförderung stattfinden? Bereits 40 Projektgemeinden setzen sich mit dieser Frage längerfristig auseinander, wobei sie von den „Gemeinde-Jugendberater/innen“ des JUFF unterstützt werden.

KONKRETE MASSNAHMEN UND ANGEBOTE

Die Maßnahmen im Rahmen der Kampagne des „Fonds Gesundes Österreich“ werden von kontakt+co Suchtprävention und avomed umgesetzt und sind für Gemeinden im Zeitraum von Juli bis November 2007 kostenlos abrufbar:

„5von12 statt 5vor12“ – Workshops für Veranstalter

Für *Vereine und Festveranstalter* werden „5von12 statt 5vor12“-Workshops angeboten, die dazu beitragen sollen, dass diese bei ihren Events den Anforderungen des Jugendschutzes verstärkt Rechnung tragen.

Eltern-Disco – Ein innovativer Infoabend über „Jugend – Alkohol – Jugendschutz“

Für *Eltern* gibt es die *Eltern-Disco*, eine innovative Infotainment-Veranstaltung, die deutlich vom klassischen Muster eines Elternabends abweicht und quasi „am Ort des Geschehens“ die Thematik unterhaltsam aufbereitet. Eltern sollen befähigt und ermutigt werden, selbst zu aktiven Mitstreitern für den Jugendschutz zu

werden, sei es bei sich zu Hause, im Freundeskreis oder im Gemeindealltag.

Party Power vs. Happy Hour –

Ideenwettbewerb für alkoholfreie Jugend-Activities

Direkt an *Jugendliche* richtet sich der Ideen- und Konzeptwettbewerb „Party Power vs. Happy Hour“. All jenen, die gute Ideen liefern für gelungene Jugendaktivitäten, bei denen Alkohol keine Rolle spielt, weil Rahmen, Ambiente und Programm für Stimmung sorgen, winken attraktive Preise.

act it! – Forumtheater für Jugendliche (und Erwachsene)

Jugendliche und Erwachsene erarbeiten in theatralischer Form konstruktive und positive Ideen für den Umgang mit dem Thema Alkohol. Jeder der Workshops ist einzigartig und auf die Situation der Jugendlichen und der Gemeinde abgestimmt.

SansiBar – Die alkoholfreie Mixgetränkebar für Feste aller Art

Die SansiBar ist die alkoholfreie und fröhliche Alternative zum alleinigen Alkoholausschank bei Festen und Veranstaltungen aller Art. Die mobile Mixgetränke-Bar samt Bar-Team und Getränken wird für einen Tag bzw. Abend gebracht und geholt.

WEITERE MASSNAHMEN FÜR SPEZIELLE ZIELGRUPPEN

Mystery Shopping – Standardisierte Testkäufe in Geschäften und Tankstellen

Im *Handel* wird erstmals in Tirol ein nachhaltig angelegtes und standardisiertes *Mystery Shopping* etabliert, und zwar in Abstimmung mit den Interessensvertretungen (Wirtschaftskammer, AK). Alle wünschen sich gute Ergebnisse, weil dies den durchaus bereits spürbaren Verbesserungen bei der Umsetzung des Jugendschutzes im Handel weiteren Auftrieb geben würde.

Local Heroes – Workshops in Tourismusschulen

Im Kontext der *Gastronomie* können mit Unterstützung der Wirtschaftskammer ab dem kommenden Schuljahr in den Tiroler Tourismus-Schulen Workshops zum „responsible serving“ durchgeführt werden. Die Schüler/innen werden hierbei sowohl als noch jugendliche Konsument/innen angesprochen aber auch als künftiges Gastronomie-Personal mit einer professionellen Verantwortung.

Aus- und Fortbildung von Jugendschutzberater/innen

Jugendschutzberater/innen sind in erster Linie für Jugendliche da, die aufgrund einer Übertretung der Jugendschutzbestimmungen angezeigt worden sind. Im Sinn von „Hilfe statt Strafe“ kann diese Beratung alternativ zu einer Geldstrafe wahrgenommen werden. Die Erfahrungen mit diesem Angebot sind bislang überwiegend sehr positive.

Eine erfreuliche Besonderheit der letzten Monate ist abschließend auch zu erwähnen: Nicht nur jene, die aufgrund ihres Auftrags eine Zuständigkeit für die The-

matik haben, wie z. B. Polizei oder die Kinder- und Jugendanwältin, beteiligen sich aktiv am Jugendschutz – erstaunlich viele „freiwillige“ Initiativen sind spontan entstanden und leisten wertvolle Beiträge. Das zeigt, dass unsere Jugend vielen ein echtes und starkes Anliegen ist.

Informationen zu den oben genannten Projekten bei:

kontakt+co Suchtprävention Jugendrotkreuz:
Tel. 0512/585730, Bürgerstraße 16, 6020 Innsbruck
avomed:
Tel. 0512/ 586063, Anichstraße 6, 6020 Innsbruck

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2007 (vorläufiges Ergebnis)

	August 2007 (endgültig)	September 2007 (vorläufig)		August 2007 (endgültig)	September 2007 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005 Basis: Durchschnitt 2005 = 100	103,6	103,8	Index der Verbraucherpreise 66 Basis: Durchschnitt 1966 = 100	430,1	431,0
Index der Verbraucherpreise 2000 Basis: Durchschnitt 2000 = 100	114,6	114,8	Index der Verbraucherpreise I Basis: Durchschnitt 1958 = 100	548,0	549,1
Index der Verbraucherpreise 96 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	120,6	120,8	Index der Verbraucherpreise II Basis: Durchschnitt 1958 = 100	549,8	550,9
Index der Verbraucherpreise 86 Basis: Durchschnitt 1986 = 100	157,7	158,0	Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat September 2007 beträgt 103,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für August 2007 um 0,2% gestiegen (August 2007 gegenüber Juli 2007: -0,1%). Gegenüber September 2006 ergibt sich eine Steigerung um 2,1% (August 2007/2006: +1,7%).		
Index der Verbraucherpreise 76 Basis: Durchschnitt 1976 = 100	245,1	245,6			

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck